

# Beschlossene Anträge vom Kreisparteitag der SPD Rhein-Neckar am 3.5.2007 in Weinheim

---

## **Antrag Nr. 1 Änderungsantrag zum Grundsatzprogramm**

**Antragsteller:** AfA Rhein-Neckar

**Empfänger:** Bundessvorstand der SPD, Landes- und Bundesparteitag

### **Antrag:**

Die AfA Rhein-Neckar fordert, dass im neuen Grundsatzprogramm außer dem vorsorgenden Sozialstaat auch der Rechtsanspruch auf den nachsorgenden Sozialstaat formuliert wird.

### **Begründung:**

Die einseitige Betonung der Eigenverantwortung und die Abschwächung des Rechtes auf soziale Sicherheit definiert Rechte und Pflichten der bedürftigen Menschen neu und lässt den Schluss zu, dass die, die sich nicht an Vorsorge und Prävention beteiligen können oder wollen, sanktioniert werden.

Die Sozialdemokratie hat die Eigenverantwortung nie negiert, sondern eingefordert, aber das Recht auf soziale Sicherheit nicht an Bedingungen geknüpft. Dieses Verständnis von Solidarität wird im Entwurf des neuen Grundsatzprogramms nicht mehr angesprochen.

Mit den Hartz-Gesetzen wird das Prinzip des „Förderns und Forderns“ umgesetzt. In der allgemeinen Wahrnehmung ist das Fordern stärker als das Fördern.

Arbeitslose Menschen tragen die Risiken, individuelle Förderung bleibt meist nur ein Schlagwort.

Im Entwurf zum neuen Grundsatzprogramm greift die SPD den vorsorgenden Sozialstaat ohne die gleichberechtigte Ergänzung des nachsorgenden Sozialstaats als Leitidee auf. Ohne diese Ergänzung ist zu vermuten, dass die Forderung nach verstärktem eigenverantwortlichen Handeln im Sinne des Aktivierungsgedankens zu Lasten des Rechts nach sozialer Sicherheit geht.